

Revolutionär

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Sahrgang 8, Nr. 29

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lawitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Die Schlichtungspeitsche

Wien

52-Stundenwoche in der Kölner Metallindustrie.
 WTB, Köln, 16. Juli. Zur Belohnung des Streiks in der Kölner Metallindustrie wurde heute von dem vom Reichsarbeitsminister gestellten Sonderschlichter folgender Schiedsspruch erlassen. In dem beschriebenen Unternehmen wird die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit betragen 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anordnen. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die in der wesentlichen regelmäßigen Arbeitsbereitschaft in Frage kommen, können besondere Vereinbarungen über die Arbeitszeit getroffen werden. Von der 49. bis einschließlich 52. Mehr-Arbeitsstunde werden 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.

Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterklasse proklamiert, der Kapitaloffensive muß die revolutionäre Massenkraft des Proletariats entgegen gestellt werden. Nicht Jaud nach kapitaldemokratischen Illusionen, sondern entschlossener Kampf um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft ist heute die tägliche Aufgabe der Arbeiterklasse.
 Die notwendigen proletarischen Aktionen gegen die Kapitalistenklasse und ihre Schlichtungsdiplomatie sind aber nur möglich gegen den Willen der Amsterdamer Gewerkschaften, weil letztere infolge ihrer Verankerung in der Kapitaldemokratie als Hüter der kapitalistischen Gesetzlichkeit und ihrer Schieds-Einflussnahme fungieren müssen. Der Weg, der allein zur Erfassung der revolutionären Massenaktionen gegen das Unternehmertum führt, ist die Schaffung der revolutionären Klassenfront durch den Zusammenschluß der Proletarierabteilungen in den Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Ablehnung des Schiedsspruches.
 Köln, 18. Juli. Die Organisationen der Arbeiter in der Kölner Metallindustrie haben heute morgen in einer Sitzung der Tarifkommission zu dem am Sonnabend gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Für die Ablehnung waren folgende Gedankengänge maßgebend: Die Arbeiter betrachten die Frage der Arbeitszeit in diesem Gebiete vor die 52-Stunden-Woche (52), daher war im Hinblick auf die lange Laufzeit des Schiedsspruches, die durch den Streik entstanden, die Bestimmung im Schiedsspruch der Wirtschaftsfrage gegen Mitte des laufenden Jahres der Ablehnung. Für die Ablehnung waren folgende Gedankengänge maßgebend: Die Arbeiter betrachten die Frage der Arbeitszeit in diesem Gebiete vor die 52-Stunden-Woche (52), daher war im Hinblick auf die lange Laufzeit des Schiedsspruches, die durch den Streik entstanden, die Bestimmung im Schiedsspruch der Wirtschaftsfrage gegen Mitte des laufenden Jahres der Ablehnung.

Der Streik der Filmarbeiter

Und der Streikbruch der AÖGB-Gewerkschaften.
 Die verbrecherische Arbeitsgemeinschaftspolitik der freigelegten Gewerkschaft hat sich zu einer grotesken Entartung, über die man jähren könnte, wenn sich in diesem Falle nicht die Bonzen auf dem Rücken der Arbeiter ausbreiten. Der Verband der Film- und Kinobetriebe, kurz die Filmgewerkschaft, fällt aber nicht alle Arbeiter dieser beiden Branchen, sondern nur die Mitglieder fest. Die Filmgewerkschaft hat die Metallarbeiterverband organisiert. Unter den letzteren traten die Film- und Kinobetriebe in eine Lohnbewegung. Film- und Kinokapitalisten suchen sich die weniesterfordrigen Arbeiterklasse zum Gegenstand ihrer Unterwerfung, obwohl sie in der Filmgewerkschaft organisiert, waren mit höherem Lohn und traten in den erwähnten, von ihrer Gewerkschaft proklamierten Streik.

Jetzt beginnt die Tragödie. Die großen Gewerkschaften erklären den Streik als „wild“, obwohl die ganze Gewerkschaftsbreite berufen sich auf den Tarifvertrag und sehen die streikenden Arbeitsskollegen als „wilde“ Streiker an. Während die Film- und Kinobetriebe gegen die erbärmlichen Hungerlöhne und die miserablen Arbeitsbedingungen ankämpft, freudlich die andere Teil über die willkommenen Gelegenheit in ihrer wahren Gestalt.

Die Gewerkschaftspropaganda und die gewerkschaftstreuen politischen Zeitungen erwidern dem einmütigen Streik der Mitglieder der Filmgewerkschaft auch mit keinem Worte. Obwohl es wünschenswert mehrere Seiten für Film- und Kinobetriebsbesprechungen verwenden und für das Film- und Kinobetrieb damit tüchtige die Reklametrömmel rühren. Diese Betriebsbesprechungen werden durch das Kapital mit großzügigen Mitteln belohnt. Während diese politischen Huren die Gewerkschaften belohnen, würden die Arbeiter offen erkennen, daß die Streikbrüchergewerkschaften angehören. Die Sache würde für die Presseindrien natürlich einen Entzug der Inserate bedeuten.

Wie lange noch wollen sich die Arbeiter als Zahler mit Mühen lassen für den Geldsack dieser Journaliste? Wie lange noch wollen sie diesen Streikbrüchergewerkschaften die Kassen füllen?

Hungerlöhne

„Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen.“
 Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, „aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen“ den Lohnschiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für verbindlich zu erklären. Der Schiedsspruch sah eine Lohnerhöhung um 3 Prozent, um etwa 20 Pf. pro Schicht.
 Den mitteldeutschen Bergarbeitern werden also lumpige 20 Pf. „Lohnerhöhung“ pro Tag verweigert — wirklich, besser, der erste Schritt zum Verzicht, um die wirtschafts-demokratischen Schlichtungsorgane der schwarzrotgoldenen Republik nur für die Profitierorgane der Kapitalistenklasse zu sein.

wird, und teils nur die Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder. Es sind arbeitslos in:
Australien: Nach den Angaben der über Arbeitslosigkeit berichtenden Gewerkschaften mit zirka 442.000 Mitgliedern waren im ersten Vierteljahr 1927 3,9 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Prozent im vierten Vierteljahr 1926 und 6,7 Prozent im ersten Vierteljahr 1926. In Neu-Seeland waren von zirka 45.000 Gewerkschaftsmitgliedern im ersten Vierteljahr 1927 9,4 Prozent, im vierten Vierteljahr 1926 6,7 Prozent und im ersten Vierteljahr 1926 5 Prozent arbeitslos.
Belgien: Nach den Angaben von 143 Arbeitslosenkassen mit 608.250 Mitgliedern waren am 30. April 1927 oder 1,7 Proz. sämtlich und 21,36 oder 3,5 Prozent der Mitglieder teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentsätze waren im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften (274.428 Mitglieder) waren Ende April 1927 14,3 Prozent, im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Frankreich: Nach den Angaben der Gewerkschaften (274.428 Mitglieder) waren Ende April 1927 14,3 Prozent, im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.
Großbritannien: Von den ungefähr 12 Millionen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende Mai 8,8 Prozent arbeitslos gegen 9,4 Prozent im Vormonat und 14,3 Proz. Ende Mai 1926. Die Gesamtzahl der in Großbritannien und Nord-Hand eingetragenen Arbeitslosen war Ende Mai ungefähr 1.015.000 gegen 1.075.000 im Vormonat und 1.675.000 Ende Mai 1926.
Holland: Nach den Angaben der Arbeitslosenkassen mit 296.188 Mitgliedern waren Ende April 20,993 oder 7,1 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 8,1 Prozent im Vormonat und 5,4 Prozent Ende April 1926. Die Gesamtzahl der bei den 40 bedeutendsten Arbeitsnennungen des Landes eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 49.356 Männer und 27.788 Frauen.
Italien: Die Zahl der eingetragenen künftigen Arbeitslosen betrug Ende März 227.947, die der teilweise Arbeitslosen 61.809. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 259.509 resp. 53.113, Ende März 1926 109.471 resp. 8333.
Irland: Von 240.134 Versicherten waren Ende April 25.829 oder 10,8 Proz. arbeitslos gegen 11 Proz. im Vormonat und 13 Proz. Ende April 1926.
Kanada: Nach Angaben von Gewerkschaften mit ungefähr 150.000 Mitgliedern waren Ende April 6 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Proz. im Vormonat und 7,5 Proz. Ende April 1926.
Oesterreich: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Oesterreich war Ende Mai 188.332 gegen 181.175 im Vormonat und 154.821 Ende Mai 1926. Außerdem gibt es noch ungefähr 27.000 eingetragene Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen.
Polen: Ende April wurden im ganzen Lande 195.363 Arbeitslose gezählt gegen 208.267 im Vormonat und 303.720 Ende April 1926.
Rußland: Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnennungen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Mai 1.428.000 gegen 1.455.000 am 1. April und 1.670.000 am 1. Mai 1926. Zurzeit erhalten ungefähr 600.000 dieser Arbeitslosen Unterstützung.
Schweden: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 11.229 gegen 13.508 im Vormonat und 11.326 im April 1926. Nach den Angaben der Arbeitslosenkassen mit insgesamt 227.000 Mitgliedern waren 2,8 Proz. der Mitglieder sämtlich und 3,4 Proz. teilweise arbeitslos.
Schweden: Von 258.333 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende April 31.882 oder 12,3 Proz. arbeitslos gegen 14,1 Proz. im Vormonat und 12,5 Proz. Ende April 1926. Bei einer Anzahl im ganzen Lande zusammengerechnet Arbeitslosenzahl wurden insgesamt 60.000 Arbeitslose gezählt.
Tschechoslowakei: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnennungen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 206.200 davon wurden 22.400 unterstützt. Ende April 1926 waren 60.098 Arbeitslose vorhanden.
Vereinigte Staaten: Nach dem von Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 1037-Unternehmer in 54 Industrien umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Personen im April etwas abgenommen und betrug 3.071.884 gegen 3.091.878 im März. Die Beschäftigtenzahl im April 1926 betrug 3.091.878 im März und 3.091.878 im April 1926. Im April 1927 90,6 gegen 91,4 im März und 92,8 im April 26.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

Wie der Kampf des „Internationalen Bundes der Kriegseifer“ gegen drohende Kriegseifer aussieht und was für eine Bewandnis mit der Überparteilichkeit des Bundes hat beweist eine am 30. Juni stattgefundene Versammlung der 7. Bezirksgruppe die drohende Kriegseifer, die von etwa 60-70 Personen besucht war. Referent war der KPD-Absolvent und Schriftführer in seinen Ausführungen versuchte er den Anwesenden das Märchen von dem ersten Arbeiter-Staat aufzuzählen, Russland, so führte er an, arbeite am Aufbau des Sozialismus und werde durch den ganzen kapitalistischen Welt zu zerschlagen. Das Vaterland der Arbeiter sei Russland, denn dort haben die Arbeiter die Macht in den Händen, und aus diesem Grunde müssen die Arbeiter der ganzen Welt Russland verteidigen.
 In der Diskussion widerlegte ein KAP-Genosse die Legende vom ersten Arbeiter-Staat. Solange die Arbeiter nicht die wirtschaftliche und politische Macht hätten — und die besitzen in Russland die Herrschaft über die Kulaken — solange haben die Arbeiter nichts zu verlieren als ihre Ketten, solange diese denn ein Vaterland zu verteidigen. Der Diskussionsredner ging dann noch auf den Verrat der KPD während des Ruhrkrieges ein und zeigte den Arbeitern, daß die Theorie der nationalen Verteidigungskriege bis zur Granatenlieferung an die deutsche Reichswehr führt. Weiter machte der KAP-Genosse die Arbeiter noch mit den Früchten der KPD-Parlamentarierarbeit bekannt, deren glänzende die positiven Vorschläge für den Reichswehretat ist. Zum Schluß forderte der Genosse die Arbeiter auf, sich nicht vor den Kriegswagen der Imperialisten auch nicht der russischen spannen zu lassen und heute schon die organisatorischen Vorbereitungen zu schaffen, die Gewerkschaften zu verlassen und die Reihen der AAU zu füllen, damit im Falle eines Krieges die Waffen sich gegen die Klasse richten, die die Arbeiter zu einem neuen Massenmord zwingen wollen. Die Proletarier müssen erkennen, daß bei Kriegsausbruch die Gewerkschaften wie 1914 wieder ihre Vaterländer verteidigen werden.
 Der Eindruck, den diese Worte auf die Versammlung ausübten, mußte natürlich verstärkt werden und Fieber von der Fischer-Opinion versuchte zu retten, was nicht mehr zu retten war. Seine langen Rede kurzer Sinn war die KAP steht ideologisch bei der SPD, während sagte er: „Na die Führerrolle in der KAP, sieht doch so aus, daß jeder sich die Taschen füllt, nach dem man noch so kann.“ Nachdem man nach so einem Kanonade die KAP glaubte erledigt zu haben, ging man dazu über, als man sah, daß die KAP-Genossen sich diesen Schwund nicht würden bieten lassen, kurzerhand die Diskussion abzubrechen. Als man auf diese Art und Weise seine Überparteilichkeit bewiesen zu haben glaubte, versuchte ein von Referent in seinem Schlußwort noch eine Attacke gegen die KAP zu retten. Allen es ward nichts draus. Scheller mußte die Aussage von Ewers auf dem Hamburger Parteitag zurückzuführen in der Granatenablengezeit zugeben. Zugeben mußte er die Stellung der KPD zum Reichswehretat. Die „Kasperer“ mit

den Ordnungsbesten bemäntelte er versäumt mit Taktik. Der Referent gestand so auf diese Weise den ganzen Verrat der KPD, ein.
 Diese Versammlung war ein Fiasko der KPD. Die KPD, die es seit ihrer letzten Rücklandkundgebung im September v. J., aus der die Charlotterburger Arbeiter eine öffentliche Versammlung machten, bei der sich die Rücklanddelegierten eine anständige Abfuhr holten, nicht mehr wagte, vor die Charlotterburger Arbeiter zu treten, hatte es versucht, unter dem Mantel der Überparteilichkeit des IB, eine verdeckte KPD-Versammlung abzuhalten. Die KPD, die im 7. Bezirk immer noch 450 Mitglieder stark sein will, kann es nicht wagen, eine eigene Versammlung einzuberufen. Der IB, soll es sich gesagt sein lassen: wenn er dieses Spiel so fortsetzt und es duldet, daß seine Versammlungen zum Tummelplatz für die KPD-Boizen mißbraucht werden und es weiterhin versucht, die Proletarier vor den Kritikern der russischen Nep-Kapitalisten zu spannen, wir ihm genau densenben Kampf ansatz wie der Granatenpartei, die Proletarier, die kein Vaterland zu verteidigen haben, werden dann wissen, in welcher Front dieser „überparteiliche“ Bund dann steht.

Cuxhaven

Am Freitag, den 17. Juni hatte der „Deutsche Verkehrsband“ (Abt. Seecleute) eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung „Die Sozialversicherung der Seecleute“ einberufen. Der Aufwand von Papier und Druckerzuschläge war vergeblich. Die seecleuten Massen blieben aus. Dafür aber war das Bundesvorstandsmitglied W. Voß, Berlin, erschienen. Von der „Sozialversicherung der Seecleute“ verriet Voß kein Wort. Die „dicke Luft“ in Cuxhaven und auch wohl der jämmerliche Besuch der Versammlung hatten es ihm angetan. Er mußte verneintliche „Zersplitterter“ erhalten. Das war nicht leicht und so gab Voß einige seiner Lebenserwählungen zum Besten. U. a. erklärte: „Für Versammlungen wie die heutige danke ich. Da bei einem Liter Bier sitzen“ Voß langweilte nicht. Er stammelte einige Drohungen, verlor diese dann auf das Schlußwort und trat nach einem „Vortrag“ von 20 Minuten — sichtlich erschöpft ab.

In der nun folgenden Auseinandersetzung redete ein moralisch verkommenes — von den Gewerkschaften bestochenes Subjekt mit bewies. Gewerkschaftsbesitzer der Seecleute selbst Auftraggeber nur lächerlich machen kann. Es folgte kritische Hinweise von zwei aufrechten Genossen. Dann meldete sich ein Genosse der AAU, zum Wort. Er schilderte die Ursachen der vorhin erwähnten Versammlung. Er sprach und wies nach, daß gerade die Gewerkschaften als System alles getan haben, um das Proletariat in Teilhabemoralität und Lüge zu versetzen. Wenn das deutsche Seeproletariat sich nicht in riesigen Versammlungen in anderen Ländern ansetzen will, muß es endlich auf eigenen Beinen stehen und die ihm im Aufstieg hemmenden Organisationshemmnisse beseitigen. Hier ist die Zertrümmerung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Schaffung einer proletarischen Partei. Die Gewerkschaften sind die „Kleinrentner“ der proletarischen Partei. Die Gewerkschaften sind die „Kleinrentner“ der proletarischen Partei. Die Gewerkschaften sind die „Kleinrentner“ der proletarischen Partei.

Als der AAU-Genosse die — von Voß ignorierte — Tagesordnung „Die Sozialversicherung der Seecleute“ berührte und an der Hand reichlichen Tatsachenmaterials die „Armenkassen“ der gewerkschaftlichen Herauslöser im soz. Arbeitszeitgesetz und dem Versicherungsgesetz der Erwerbslosen aufzeigte, wurde der Referent in der Allgemeinen Arbeiter-Union und rief unseren Genossen zu: „Dafür schlage ich Dir ein mit meiner Faust ins Gesicht! Aber unser Gesicht ließ nicht locker. Seine weiteren Ausführungen wurden mit Zustimmung der Anwesenden aufgenommen. Diese Tatsache aber wird von den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien zweckweilig verschleierte, weil sie — als Glieder der kapitalistischen Partei — die Gewerkschaften als verbindend durch Tarifabschlüsse und gesetzliche Schlichtungsinstanzen. Überall stehen die Gewerkschaften Seite an Seite mit den Unternehmern offen gegen die streikenden und versuchen den Streik abzuwürgen oder sie stellen sich an die Spitze der einschüchternden Verordnungen zu verstellen. Hieraus erklärt sich auch das hysterische Geschrei „Der ADGB muß“ der stalinistischen Gewerkschaften. Die Proletarier müssen die Vorteile der neuen Systeme zertreten. Nur die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der sofortige Zusammenschluß der Proletarier in den Betrieben — vereinigt in der AAU — bietet die Gewähr, dem drohenden Untergang in Knechtschaft und Barbarei zu entgehen.
 In der Diskussion sprachen einige Genossen und zeichneten ein trauriges Bild der durch die Schlichtungspeitsche geordneten Verhältnisse. Dann erließ — durch Zurufe aufgemunter — der Gewerkschaftsbeamte des DVB, das Wort. Die Rechtfertigung dieses Arbeitsgemeinschafters war eine jämmerliche Rede kurzer Sinn war die KAP steht ideologisch bei der SPD, während sagte er: „Na die Führerrolle in der KAP, sieht doch so aus, daß jeder sich die Taschen füllt, nach dem man noch so kann.“ Nachdem man nach so einem Kanonade die KAP glaubte erledigt zu haben, ging man dazu über, als man sah, daß die KAP-Genossen sich diesen Schwund nicht würden bieten lassen, kurzerhand die Diskussion abzubrechen. Als man auf diese Art und Weise seine Überparteilichkeit bewiesen zu haben glaubte, versuchte ein von Referent in seinem Schlußwort noch eine Attacke gegen die KAP zu retten. Allen es ward nichts draus. Scheller mußte die Aussage von Ewers auf dem Hamburger Parteitag zurückzuführen in der Granatenablengezeit zugeben. Zugeben mußte er die Stellung der KPD zum Reichswehretat. Die „Kasperer“ mit

Hochseefischer AAU, zu organisieren, wurde mit 120 gegen 2 Stimmen angenommen. Der eine noch anwesende Gewerkschaftsbeamte war aus „beruflichen“ Gründen gezwungen, Veto einzulegen. Die andere Stimme kam von einem Rot-Frontkämpfer, der sich diesmal von der Masse isolieren mußte und damit auch sein Leninistatut selbst enthielt. — Die Kundgebung für die Allgemeine Arbeiter-Union, besandete in Versammlung.

Düsseldorf

Bürgerkriegsbanden der Düsseldorf Schutzpolizei.
 „Dienst ist Dienst“, sagt die KPD.
 Nie ist eine Zeit versangen, seitdem das „befreite“ Rheinland von den Sevoring-Garden neu besetzt wurde. Im dächlich der denkenden Proletarier wird noch die Abfuhr dieser neuen Besatzungstruppen nach dem „befreite“ Rheinland liegen.
 Vor allem die Zellenbauer können nicht umhin, sich die Leninistischer Methode alles herumdrehen, denn die Berlin Schupo hat nach dem Rheinland, nicht wahr?
 Die Stalingerossen läbeln damals von dem großen Erfolg der „revolutionären“ Arbeit in der gewerkschaftlich organisierten Schupo. Und Jabel herrsche in den Gehirnen der Kasperle, daß die revolutionierten Fraktionen der Ordnungsbestien nach dem Rheinland kamen. Der Rot-Front-Ruf dieser abfahrenden Berliner Schupo schalte bis nach dem Rheinland.
 Mancher Leichtgläubige konnte damals glauben, „wahrlich, frei nach Eberlein, durch die Arbeit der „Kommunisten“ Partei eine Aenderung zwischen der Arbeiterschaft und Polizei herbeigeführt worden ist. Aber die Tätigkeit der „Roten Fraktion“ hat jeden eines anderen befehligt, die „rote“ Gummiknüppel ist schon auf manchem Proletarier schädlich niedergesaut. Leider mußte erst kürzlich auch einer Knechtung der sich brüstende Barrikadenkämpfer Scheißle bemerkt sei hier, daß er keine Barrikade gesehen, noch darauf gestanden, sondern 1923 in Hamburg wegen Vergehen gegen das Preßgesetz vor Gericht gestanden hat: „Der „rote“ Polizei den Stahlhelmen Hilfe zuteil werden ließ, die Überfallen auf Arbeiter. Und heute ist mancher von der Revolutionierungsmittel zehelt und mit uns der Ansicht, die Arbeiter sind die bestmögliche Organisation abseits vom Land. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit betragen 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anordnen. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die in der wesentlichen regelmäßigen Arbeitsbereitschaft in Frage kommen, können besondere Vereinbarungen über die Arbeitszeit getroffen werden. Von der 49. bis einschließlich 52. Mehr-Arbeitsstunde werden 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.“

52-Stundenwoche in der Kölner Metallindustrie.
 WTB, Köln, 16. Juli. Zur Belohnung des Streiks in der Kölner Metallindustrie wurde heute von dem vom Reichsarbeitsminister gestellten Sonderschlichter folgender Schiedsspruch erlassen. In dem beschriebenen Unternehmen wird die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit betragen 48 Stunden, am Sonnabend dürfen nicht mehr als sieben Stunden gearbeitet werden. An Tagen vor hohen Festtagen beträgt die Arbeitszeit 5 Stunden. Die Unternehmer können nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden pro Woche anordnen. Darüber hinaus können die Überstunden mit Zustimmung der Betriebsvertretung vereinbart werden. Für diejenigen Arbeitnehmern, die in der wesentlichen regelmäßigen Arbeitsbereitschaft in Frage kommen, können besondere Vereinbarungen über die Arbeitszeit getroffen werden. Von der 49. bis einschließlich 52. Mehr-Arbeitsstunde werden 20 Prozent Zuschlag gezahlt. Akkorde bleiben unverändert. Der Tarif gilt bis 1. Februar 1928. Von da ab mit monatlicher Kündigungsrück.

Ablehnung des Schiedsspruches.
 Köln, 18. Juli. Die Organisationen der Arbeiter in der Kölner Metallindustrie haben heute morgen in einer Sitzung der Tarifkommission zu dem am Sonnabend gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Für die Ablehnung waren folgende Gedankengänge maßgebend: Die Arbeiter betrachten die Frage der Arbeitszeit in diesem Gebiete vor die 52-Stunden-Woche (52), daher war im Hinblick auf die lange Laufzeit des Schiedsspruches, die durch den Streik entstanden, die Bestimmung im Schiedsspruch der Wirtschaftsfrage gegen Mitte des laufenden Jahres der Ablehnung. Für die Ablehnung waren folgende Gedankengänge maßgebend: Die Arbeiter betrachten die Frage der Arbeitszeit in diesem Gebiete vor die 52-Stunden-Woche (52), daher war im Hinblick auf die lange Laufzeit des Schiedsspruches, die durch den Streik entstanden, die Bestimmung im Schiedsspruch der Wirtschaftsfrage gegen Mitte des laufenden Jahres der Ablehnung.

Offentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema: **Drohende Kriegseifer?** KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“ Mittelland. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barockstraße. Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.

Mitteilungen

Reich

Offentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema: **Drohende Kriegseifer?** KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“ Mittelland. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barockstraße. Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.

Mitteilungen

Reich

Offentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema: **Drohende Kriegseifer?** KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“ Mittelland. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barockstraße. Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.

Mitteilungen

Reich

Offentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema: **Drohende Kriegseifer?** KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“ Mittelland. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barockstraße. Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.

Mitteilungen

Reich

Offentliche Versammlung in Essen.
 Sonntag, den 17. Juli, morgens 9.30 Uhr, im städtischen Nordparksaal. — Thema: **Drohende Kriegseifer?** KAPD, AAU, „Entschiedene Linke“ Mittelland. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 8 Uhr, kombinierte Bezirkskonferenz der KAP, AAU, und EL, in Halle, Volkspark-Barockstraße. Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Anträge und Diskussion; 3. Referat über die AAU; 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens 8 Tage vor der Konferenz zu zureichen.

Mersburg.
 Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „St. Leipzig“: **Offentlicher Diskussionsabend.** Thema: Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?

Offentliche Quittung der VRUK.
 Pflichtbeitrag Berlin, 160 M., Pflichtbeitrag Reich 57,01 Umlage Berlin à conto 230 Mk., Umlage Reich à Conto 14 Mark.

Sammelstellen Berlin: 7. Bez. Nr. 627 120 M., Sammelstelle Reich: Leipzig Nr. 646 13,00; Halle Nr. 644 3,10; Nr. 645 1,00; Genthin Nr. 661 16,00; Pella Nr. 2339 9,30; Gommis Kula 1 Mark; 14. Bez. 1 Mark.

Postkarten mit Marken: Berlin, 10 M., 2. Bez. 5,40; Entschiedene Linke 3. Bez. Marken 3,00; 7. Bez. Pflichtbeitrag 4,90 Mark.

Groß-Berlin

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 22. Juli, abends 7.30 Uhr: **Mitgliederversammlung im Lokal Franz Reuser, Konditorier Str. 42.** Das Erscheinen aller Genossen Pflicht.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch Berlin Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdona, Berlin O.

